

## „Die Energiewirtschaft muss mit dem Misstrauen der Kanzlerin rechnen“

Wirtschaft und Politik: Das Verhältnis führender Wirtschaftsvertreter zu den politischen Größen der deutschen Nachkriegsgeschichte war gleichermaßen von Strategien wie von innen- und außenpolitischen Konflikten gekennzeichnet, weiß Werner Abelshausen. Die jüngste Kampagne der deutschen Energiewirtschaft gegen die Atompolitik der Regierung sieht der Bielefelder Wirtschaftshistoriker im Gespräch mit den VDI nachrichten als „riskante“ Offensive, die den Initiatoren mehr schaden als nutzen könnte.

VDI nachrichten, Düsseldorf, 3. 9. 10, ws

**VDI nachrichten:** *Mit einer Anzeigenkampagne wehrten sich deutsche Manager wenige Tage vor dem politischen Beschluss über ein Energiekonzept gegen die Atompolitik der Bundesregierung. Kritiker kommentieren dieses Vorgehen, das die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern und die Brennelementesteuer verhindern soll, als undemokratisch.*

**Abelshausen:** Dass sich Wirtschaftsführer wie Lobbyisten so verhalten, ist nicht undemokratisch, aber auch nicht typisch für die deutsche Interessenpolitik. Sie sind über ihre Verbände, auch über den BDI, seit den frühen 50er-Jahren unmittelbar an der Formulierung der Politik beteiligt. So wird jedes neue Gesetz im so genannten Referentenentwurf den Verbänden vorgelegt, damit diese auf die Entscheidung Einfluss nehmen können. Das gilt heute noch, auch für die Energiepolitik.

*Warum geht die Wirtschaft dann auf diese Art in die Offensive?*

Offenbar war man überrascht, dass zu der Brennelementesteuer in Höhe von 2,3 Mrd. € noch Abgaben für die erneuerbaren Energien hinzukommen sollen. Der Appell ist nicht an die Politik und auch nicht an die Kanzlerin adressiert, sondern an die breite Öffentlichkeit. Über diesen Umweg gedenken die Verbände und die Energiekonzerne, ihre Widersacher in der Regierung unter Druck zu setzen und ihren Freunden dort zu helfen. Das ist riskant.

*Weil das als Muskelspiel und Machtanspruch der Wirtschaft ausgelegt werden könnte?*

Genau. Zugespitzt könnte man aber sagen: Es ist eher ein Indiz für Schwäche, denn Verbände wie der BDI und die vier Energiekonzerne hätten aufgrund der bereits erwähnten Einflussmöglichkeiten eine solche Anzeigeninitiative eigentlich gar nicht nötig gehabt.

*Ist die Anzeige der Wirtschaft eine Reaktion der Enttäuschung, der Kränkung? Fühlt man sich übergangen?*

So kann man es ausdrücken. Die Verbände und die großen Vier haben das Gefühl, dass eine ihnen eigentlich nahe stehende Regierung sich gegen ihre Atominteressen wendet. Ob das Mittel, das sie ergriffen haben, Sinn macht, wage ich zu bezweifeln. Es wäre besser gewesen, sich auf vertrauten Wegen Gehör zu verschaffen. Die große Keule, die jetzt herausgeholt wurde, zielt wohl ins Leere.

*Gibt es Fälle in der deutschen Nachkriegsgeschichte, in der die Wirtschaft gestärkt aus Unstimmigkeiten und „Beziehungskrisen“ mit der Politik hervorging?*

Dies war von Anfang an so. Etwa zum Jahreswechsel 1949/50 nach einer Kontroverse zwischen Otto A. Friedrich, dem späteren Präsidenten der Arbeitgeberverbände, und Ludwig Erhard. Friedrich befürchtete damals, der Wirtschaftsminister wolle die Wirtschaft zu Lobbyisten degradieren. Die Wirtschaft aber wollte unmittelbar an den Entscheidungsprozessen beteiligt sein. Während der Koreakrise musste Erhard nachgeben. Die USA forderten von den Deutschen einen Beitrag zur Verteidigung der „freien Welt“. Die deutsche Regierung konnte diese Leistungen nicht erfüllen, die Verbände sprangen ein und erhielten als Gegenleistung ein weitaus größeres Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen. Der Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg sprach von „der Herrschaft der Verbände“.

*Traf dieses Urteil zu?*

Sicherlich. Der erste BDI-Präsident, Fritz Berg, war ein enger Vertrauter Konrad Adenauers. Im wirtschaftspolitischen Machtkampf zwischen dem pragmatischen Kanzler und Ludwig Erhard, der das Original der sozialen Marktwirtschaft durchsetzen wollte, stellte sich der BDI erfolgreich auf die Seite Adenauers. So etwa in der Auseinandersetzung um das Kartellrecht, als die Wirtschaft sich für die Beibehaltung von Kartellen und damit gegen Erhard aussprach.

*Gehörten Unternehmensbesuche im Stile einer „Energierese“, wie sie jetzt Angela Merkel unternahm, früher auch zum Handwerkszeug der Kanzler?*

Ja, alle Kanzler außer Adenauer haben sich immer wieder gern zum Zechenbesuch als Kumpel verkleidet und Kohlenstaub geschluckt. Besonders Erhard stattete regelmäßig auch mittelständischen Unternehmen Besuche ab, die in den regionalen Medien großes Echo fanden.

*Die 50er- und 60er-Jahre waren von einem breiten Konsens der Politik in der Befürwortung der Atompolitik gekennzeichnet. Spätestens seit Harrisburg 1979 und Tschernobyl 1986 hat sich das gewandelt. Damals Technikeuphorie, anschließend Technikernüchterung?*

Das trifft nicht auf alle Technikfelder zu, aber auf wichtige. Bis Ende der 60er-Jahre glaubte die Mehrheit der Deutschen, die Zukunft der Industrie läge in der automatisierten Fabrik. Sie galt als unausweichlich. Nur wenige Politiker, wie der spätere Forschungsminister Hans Matthöfer (SPD), haben das bezweifelt. Spätestens Anfang der 70er-Jahre, als die „fordistische“ Automatisierung auch in Deutschland zusammenbrach, erkannte man, dass diese Produktionsweise nicht den deutschen Stärken nachindustrieller Maßschneiderei entsprach. Das war die erste Ernüchterung für alle Technikgläubigen.

*Und bei der Atomtechnik?*

Die Euphorie war in den 50er-Jahren tatsächlich groß. Man war sich einig, dass dies die energietechnische Rettung der Welt sei. Harrisburg war ein Wendepunkt. Wieder war es Matthöfer, der die kritischen Stimmen in der Öffentlichkeit ernst nahm und der als Erster erkannte, dass es nicht möglich war, eine Atompolitik gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen. Insider wussten schon damals, dass die Atomenergie nur dann wettbewerbsfähig war, wenn sie massiv staatlich subventioniert wurde. Auch in der Raumfahrttechnik schlug die Euphorie in Ernüchterung um. Weder hat sich der technische Fortschritt beschleunigt noch kam es zu den damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Synergien, die sich Politik und Öffentlichkeit erhofft hatten.

*Konrad Adenauer ließ sich von ausgesuchten Vertrauten aus der Wirtschaft, wie dem Bankier Robert Pferdmenges, beraten. Spätere Kanzler regierten per „Küchenkabinett“ mit Hilfe sachkundiger Mitarbeiter. Gibt es ein deutsches Modell?*

Die Große Koalition hat 1967 versucht, den Einfluss der Wirtschaft politisch zu instrumentalisieren. Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) holte die Wirtschaft über die „konzertierte Aktion“ an einen Tisch mit den Gewerkschaften, um die Interessenpolitik transparenter zu machen. Er beteiligte die Wirtschaft an der Vorformulierung der Politik, um sie einzubinden und zu verantwortlichem Handeln zu verpflichten. 1976 scheiterte die konzertierte Aktion. Danach führte Helmut Schmidt vertrauliche „Kamingespräche“ mit Wirtschaftsführern. Gerhard Schröder versuchte erfolglos, mit dem „Bündnis für Arbeit“ die Konzertierte Aktion wieder zu beleben. Die Unternehmen wollten sich nicht mehr politisch einbinden lassen. Sie waren gegenüber schwächeren Gewerkschaften im Aufwind. Ab jetzt war die Regulierung angesagt.

*Hat sich daran unter Schwarz-Gelb viel geändert?*

Angela Merkel musste in der Bankenkrise die Erfahrung machen, dass Wirtschaftsvertreter wie Josef Ackermann ihre Eigeninteressen in der Politikberatung immer in den Vordergrund stellten. Sie hat an ihren Umfrageergebnissen gemerkt, wie gefährlich das sein kann. Mit ihrem Misstrauen muss nun auch die Energiewirtschaft rechnen. Schließlich hat es mit sozialer Marktwirtschaft wenig zu tun, wenn sich vier Unternehmen den Energiemarkt wie Besatzungsmächte aufteilen.

*Schröder nannte man den „Kanzler der Bosse“. Was fällt Ihnen zu Angela Merkel ein?*

Leider nur politisch Unkorrektes. Bis zum Jahre 2007 könnte man sie in Anlehnung an eine Redewendung aus der englischen Politik als „Ackermanns Pudel“ bezeichnen. Seitdem hat sie eine „autistische“ Wende vollzogen. Sie verlässt sich immer mehr auf ihr eigenes, politisches Urteil – und auf ihr Küchenkabinett.

WOLFGANG SCHMITZ

---

### **Wirtschaftsforscher mit sozialhistorischem Hintergrund**

-Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauer hat den Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte der Universität Bielefeld inne und gehört zu den Gründern und Direktoren des Bielefeld Institute for Global Society Studies. Abelshauer ist Mitglied des Instituts für Wissenschafts- und Technikforschung. Zuvor leitete er an der Universität Mannheim ausgebildete Volkswirt den Lehrstuhl für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Europäischen Universität in Florenz. Er ist Mitherausgeber der „Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften“ und von „Geschichte und Gesellschaft“, der Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft. Zahlreiche Standardwerke weisen ihn als Wirtschaftsforscher aus, der die Gegenwart aus historischer Perspektive analysiert. ws

[www.abelshauer.eu](http://www.abelshauer.eu)